

Das Ruhrgebiet nicht länger vertrösten – Versagen der Landesregierung bei der Ruhrkonferenz beenden

Drucksache 18/19001 · eingebracht 2026-04-28 – Antragsteller: **SPD**

Strukturwandel

Regionale Entwicklung

Haushaltspolitik

Partizipation

ZUSAMMENFASSUNG

Die SPD-Fraktion kritisiert das Versagen der CDU/Grünen-Landesregierung bei der Umsetzung der Ruhrkonferenz und fordert eine umfassende Neuausrichtung als verbindliches, transparentes und politisch aufgewertetes Zukunftsprojekt für das Ruhrgebiet.

KERNFORDERUNGEN

- Massives Haushaltsversagen bei der Ruhrkonferenz (nur 0,06 % Ausgabe 2024)
- Fehlende strategische Steuerung und Priorisierung
- Notwendigkeit einer organisatorischen und politischen Neuaufstellung
- Forderung nach transparenter Bilanz und verbindlichem Zukunftskonzept

BEWERTUNG

7.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag setzt sich konsequent für soziale Gerechtigkeit (D4), ökologische Nachhaltigkeit (E3) und Transparenz & Mitbestimmung (D5/E5) ein, indem er eine verbindliche, partizipative und ressortübergreifende Strukturpolitik für das Ruhrgebiet fordert. Er berührt Menschenwürde (D1) durch Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen und Solidarität (D2) durch den Fokus auf regionale Kohäsion. Schwächen liegen in der fehlenden expliziten Verknüpfung mit Lieferketten (A-Gruppe) und Finanzpartner:innen (B-Gruppe) sowie in der Auslassung von konkreten gemeinwohloökonomischen Instrumenten wie Gemeinwohl-Bilanzierung oder Tariftreue bei Aufträgen.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Datenbasis zur Haushaltsnutzung
- Forderung nach Transparenz und Bilanz
- Fokus auf gleichwertige Lebensverhältnisse
- Ressortübergreifende Steuerung als Ziel

Schwächen

- Keine Verknüpfung mit Gemeinwohl-Ökonomie-Instrumenten
- Fehlende konkrete ökologische Zielvorgaben
- Keine Berücksichtigung von Lieferketten und Beschaffung
- Keine Nennung von Tariftreue oder Mindestlöhnen

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	+	+	•	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	+	•	+

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +4

Infrastrukturinvestitionen, Bildung, soziale Daseinsvorsorge im Ruhrgebiet

D5 Transparenz & Mitbestimmung im lokalen Raum Bewertung: +4

Forderung nach transparenter Bilanz, partizipativem Zukunftskonzept, organisatorischer Neuaufstellung

D1 Menschenwürde im lokalen Raum Bewertung: +3

Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen, Bekämpfung sozialer Disparitäten

D2 Solidarität im lokalen Raum Bewertung: +3

Regionale Kohäsion, Stärkung des Ruhrgebiets als zentralem Wirtschaftsraum für NRW

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt exakt die SPD-Kritik an der Ruhrkonferenz aus dem Wahlprogramm wider und greift Kernforderungen wie klare Umsetzung, Vermeidung von Förderbürokratie und Priorisierung der Region auf. Die Forderung nach einem verbindlichen Zukunftskonzept entspricht dem Anspruch auf 'klare und verbindliche Umsetzungsideen'.

„Unser Ziel ist es, sinnvolle Projekte der bisherigen Ruhr-Konferenz fortzusetzen und den Prozess gleichzeitig so weiterzuentwickeln bzw. neu aufzusetzen, dass die zentralen Themen, wie beispielsweise die Entwicklung von Infrastruktur, Wissenschaft und Wirtschaft, mit einer klaren und verbindlichen Umsetzungsidee“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 59

PARTEIPROGRAMM

8/10

Der Antrag steht im Einklang mit dem Hamburger Programm: Er betont soziale Gerechtigkeit, gleiche Lebensverhältnisse und die Verantwortung des Staates für Infrastruktur und Bildung. Die Kritik am Versagen der Haushaltspolitik korrespondiert mit der Forderung nach Investitionen statt Schuldenabbau um jeden Preis.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU**WAHLPROGRAMM**

4/10

Der Antrag widerspricht der CDU-Perspektive auf die Ruhrkonferenz, die diese als Erfolg darstellt („Wir haben die Weichen für die Zeit nach dem Ende der Steinkohleförderung gestellt“). Die massive Kritik an der Umsetzung und die Forderung nach organisatorischer Neuaufstellung stehen im Kontrast zur CDU-Betonung ihrer kommunalfreundlichen Politik und der erreichten Haushaltsstabilisierung.

„Mit der Ruhrkonferenz haben wir die Weichen für die Zeit nach dem Ende der Steinkohleförderung gestellt.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 36

PARTEIPROGRAMM

5/10

Die CDU betont in ihrem Grundsatzprogramm die kommunale Selbstverwaltung und solide Finanzen, was mit der Kritik am Mittelverschleiß teilweise übereinstimmt. Allerdings widerspricht die Forderung nach stärkerer zentraler Steuerung und politischer Aufwertung der Ruhrkonferenz dem CDU-Prinzip der Subsidiarität und der Stärkung der Kommunen als eigenständiger Akteure.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

7/10

Der Antrag ist grundsätzlich kompatibel mit dem grünen Wahlprogramm, das die Ruhrkonferenz als zentrales Instrument für die klimaneutrale Transformation nennt. Die Kritik an der mangelnden strategischen Steuerung und die Forderung nach klaren Zielen entsprechen dem grünen Anspruch an Verbindlichkeit. Allerdings fehlt die explizite Verknüpfung mit Klimaschutzzielen und Bioökonomie.

„Ihnen dargelegt, wie wir Nordrhein-Westfalen zu einer klimaneutralen Industrieregion entwickeln wollen, in der sozialer Zusammenhalt und echte Chancengleichheit in einer vielfältigen Gesellschaft Realität werden.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 121

PARTEIPROGRAMM

7/10

Der Antrag unterstützt das grüne Grundsatzprogramm-Ziel der 'gleichwertigen Lebensverhältnisse' und der 'sozial-ökologischen Transformation'. Die Forderung nach Partizipation und Transparenz korrespondiert mit dem grünen Demokratieverständnis. Allerdings fehlt die explizite Verbindung zu planetaren Grenzen und Biodiversität.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

2/10

Der Antrag widerspricht zentralen FDP-Positionen: Er kritisiert Bürokratie, aber fordert stattdessen mehr staatliche Steuerung, Koordination und Ressortübergreifung – alles Elemente, die die FDP als bürokratisch ablehnt. Die FDP betont 'Markt entscheiden lassen', während der Antrag eine starke, aktive Landespolitik verlangt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

Der Antrag widerspricht dem FDP-Grundsatzprogramm, das 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' und einen 'schlüpfrigen Staat' fordert. Die Forderung nach einer zentralen Steuerungsstelle, einem Beauftragten mit Koordinierungsfunktion und einem verbindlichen Zukunftskonzept steht diametral zum FDP-Verständnis von Freiheit und Marktwirtschaft.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

0/10

Der Antrag widerspricht fundamental der AfD-Politik: Er setzt auf EU- und Bundesmittelkoordination, internationale Kooperation und eine grüne Transformation – alles Positionen, die die AfD ablehnt. Die AfD lehnt die Energiewende ab, will Kohle behalten und sieht keine Notwendigkeit für eine strukturelle Neuorientierung des Ruhrgebiets.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: sicherzustellen, dass die für die Ruhrkonferenz bereitgestellten Haushaltsmittel künftig vollständig und zielgerichtet eingesetzt werden

sicherzustellen, dass die für die Ruhrkonferenz bereitgestellten Haushaltsmittel künftig ****vollständig, zielgerichtet und nach Gemeinwohl-Kriterien**** eingesetzt werden – unter Einbeziehung von Tariftreue, Sozialstandards und ökologischen Mindestanforderungen bei allen Aufträgen und Förderungen

Begründung: Stärkt die GWÖ-Treue in den Feldern A1–A5 (Lieferketten) und B2 (Finanzpartner), indem soziale und ökologische Standards in die Vergabe integriert werden.

Vorschlag 2 von 3

Original: ein verbindliches, ressortübergreifendes Zukunftskonzept für das Ruhrgebiet mit klaren Prioritäten, Zeitplänen und messbaren Zielen zu entwickeln

ein verbindliches, ressortübergreifendes Zukunftskonzept für das Ruhrgebiet mit klaren Prioritäten, Zeitplänen und messbaren Zielen zu entwickeln – ****unter Einbeziehung einer Gemeinwohl-Bilanzierung als Steuerungsinstrument und regelmäßiger Bürger:innenräte zur Mitbestimmung****

Begründung: Verankert die GWÖ-Werte Transparenz & Mitbestimmung (D5/E5) und Solidarität (D2) institutionell und macht die Erfolgsmessung gemeinwohlorientiert.

Vorschlag 3 von 3

Original: die Rolle des Beauftragten für die Ruhrkonferenz so auszugestalten, dass eine tatsächliche Steuerungs- und Koordinierungsfunktion gewährleistet ist

die Rolle des Beauftragten für die Ruhrkonferenz so auszugestalten, dass eine tatsächliche Steuerungs- und Koordinierungsfunktion gewährleistet ist – ****mit direkter Berichtspflicht an den Landtag und einem Mandat zur Einbindung aller relevanten Stakeholdergruppen gemäß der GWÖ-Matrix (A–E)****

Begründung: Stärkt die GWÖ-Felder C3 (politische Führung) und D5 (Mitbestimmung), indem die Verantwortung klar definiert und die Matrix-basierte Stakeholder-Verankerung verbindlich gemacht wird.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Unterstützen mit Änderungen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-122

Ja: **SPD** Nein: **AFD** **CDU** **GRÜNE** **△** Enth.: **FDP**

△ Heuchelei (Nein trotz Wahlprogramm-Match $\geq 7/10$)

Original-Antrag

Drucksache 18/19001

Das Ruhrgebiet nicht länger vertrösten · Versagen der Landesregierung be-

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

28.04.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

Das Ruhrgebiet nicht länger vertrösten – Versagen der Landesregierung bei der Ruhrkonferenz beenden

I. Ausgangslage

Mit der sogenannten „Ruhrkonferenz“ hat die Landesregierung im Jahr 2018 ihr zentrales Prestigeprojekt für die Zukunft des Ruhrgebiets gestartet. Ziel war es, die Metropolregion Ruhr nach dem Ende der Steinkohleförderung als wirtschaftlich starke, innovative und lebenswerte Region neu aufzustellen und ihr eine langfristige Entwicklungsperspektive zu geben.

Hierzu haben die regierungstragenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich festgehalten¹:

„Das Ruhrgebiet kann zeigen, dass eine intakte Natur und kraftvolle Industrie keine Gegensätze sein müssen. Wir werden die Ruhrkonferenz auf eine breitere Grundlage stellen. Dazu werden wir etablierte Formate, wie den Regionalen Diskurs, einbinden. Die Ruhrkonferenz soll die sozialräumlichen und ökologischen Folgen des klimagerechten Umbaus von Industrie und Wirtschaft begleiten und den Metropolgedanken ausbauen. Wir werden die beschriebenen Veränderungen zwei Jahre nach ihrer Umsetzung überprüfen und erforderlichenfalls anpassen. Die Evaluation umfasst insbesondere Umfang und Gegenstände der Finanzausstattung der Ruhrkonferenz.“

Der Anspruch war dabei bewusst hoch angelegt: Die Ruhrkonferenz wurde nicht als einmalige Veranstaltung, sondern als mehrjähriger strategischer Prozess konzipiert. In insgesamt 20 Themenforen sollten zentrale Zukunftsfragen – von Wirtschaft, Arbeit und Innovation über Mobilität, Bildung und Integration bis hin zu Umwelt, Sicherheit und Stadtentwicklung – systematisch bearbeitet werden. Tausende Akteurinnen und Akteure aus Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft wurden in diesen Prozess eingebunden.

Auf dieser Grundlage beschloss die Landesregierung im Jahr 2019 insgesamt 73 Projekte in mehreren Handlungsfeldern. Die Ruhrkonferenz sollte dabei nicht nur als Plattform für Ideen dienen, sondern als verbindliches Steuerungsinstrument für die Entwicklung des Ruhrgebiets, als Koordinierungsstelle zwischen Ressorts und als Impulsgeber für Investitionen aus Land, Bund und Europäischer Union.

¹ Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen, Koalitionsvereinbarung von CDU und Grünen 2022-2027, S. 17, Zeilen 737-745 (abrufbar unter: https://www.cdu-nrw.de/sites/www.neu.cdu-nrw.de/files/zukunftsvertrag_cdu-grune.pdf, zuletzt abgerufen am 14. April 2026).

Gerade vor dem Hintergrund des tiefgreifenden Strukturwandels im Ruhrgebiet kam der Ruhrkonferenz eine zentrale Bedeutung zu. Mit dem Ende der Steinkohleförderung im Jahr 2018 ist eine historische Zäsur eingetreten. Gleichzeitig steht die Region vor weiteren tiefgreifenden Transformationsprozessen: der industriellen Dekarbonisierung, der Digitalisierung der Wirtschaft, dem Wandel der Arbeitswelt sowie großen sozialen Herausforderungen.

Das Ruhrgebiet ist mit rund fünf Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern die größte Metropolregion Deutschlands. Seine wirtschaftliche, soziale und infrastrukturelle Entwicklung ist von zentraler Bedeutung für das gesamte Land Nordrhein-Westfalen. Ohne ein starkes Ruhrgebiet kann Nordrhein-Westfalen seine wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen nicht bewältigen.

Umso gravierender ist es, dass die Landesregierung ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht geworden ist.

Aktuelle Haushaltszahlen belegen eindrücklich das Ausmaß des politischen und administrativen Versagens der Landesregierung bei der Ruhrkonferenz.

Bereits im Haushaltsjahr 2023 wurden von veranschlagten 700.000 Euro für sächliche Verwaltungsausgaben lediglich 196.270,47 Euro tatsächlich verausgabt.² Ein erheblicher Teil der vorgesehenen Mittel blieb somit ungenutzt.

Im Jahr 2024 hat sich diese Entwicklung dramatisch verschärft: Von erneut 700.000 Euro wurden lediglich 397,64 Euro ausgegeben.³ Dies entspricht gerade einmal 0,06 Prozent der eingeplanten Mittel. Der überwiegende Teil der Mittel wurde daher nicht für die Ruhrkonferenz eingesetzt und stattdessen in andere Haushaltstitel umgeschichtet.

Auch für die Folgejahre zeigt sich kein politischer Neustart, sondern vielmehr ein weiterer Rückzug: Im Haushaltsplan 2025 wurde der Ansatz auf 450.000 Euro reduziert⁴, für das Jahr 2026⁵ bleibt es bei diesem abgesenkten Niveau.

Die Entwicklung über mehrere Jahre macht deutlich: Die Landesregierung hat die Ruhrkonferenz nicht nur politisch entwertet, sondern auch finanziell systematisch zurückgefahren. Diese Zahlen stehen daher sinnbildlich für die Entwicklung der Ruhrkonferenz insgesamt: Ein Projekt, das mit großem politischem Anspruch gestartet ist, wird von der Landesregierung inzwischen faktisch aufgegeben.

Auch inhaltlich hat die Ruhrkonferenz ihre Zielsetzung verfehlt. Aus einem strategischen, ressortübergreifenden Zukunftsprozess ist ein unübersichtliches Nebeneinander einzelner Projekte geworden, dem es an verbindlicher Zielorientierung, klaren Prioritäten und einer erkennbaren politischen Steuerung fehlt. Wichtige Projekte sind ausgelaufen, andere wurden nie umgesetzt, viele sind in der öffentlichen Wahrnehmung vollständig verschwunden.

Gleichzeitig bestehen die strukturellen Herausforderungen im Ruhrgebiet unverändert fort oder haben sich weiter verschärft. Die Region leidet weiterhin unter einer schwachen

² Haushaltsrechnung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 2023, S. 9, 12.

³ Haushaltsrechnung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 2024, S. 11, 14.

⁴ Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2025, Einzelplan 08 für das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung, Titelgruppe 69 Ruhrkonferenz, S. 32.

⁵ Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2026, Einzelplan 08 für das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung, Titelgruppe 69 Ruhrkonferenz, S. 24.

kommunalen Finanzlage, erheblichen Investitionsrückständen bei Infrastruktur und Bildung, einer im Wandel befindlichen industriellen Basis sowie sozialen Disparitäten.⁶

Aktuelle Daten zur regionalen Kaufkraft⁷ verdeutlichen diese Problemlage zusätzlich: Zentrale Städte des Ruhrgebiets liegen im bundesweiten Vergleich weiterhin nur im Mittelfeld oder deutlich darunter. Während andere Regionen Nordrhein-Westfalens deutlich höhere Kaufkraftwerte erreichen, bleibt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Ruhrgebiet hinter den Möglichkeiten zurück.

Diese Entwicklung zeigt, dass es der Landesregierung nicht gelungen ist, die notwendigen Impulse für gleichwertige Lebensverhältnisse und wirtschaftliche Stärke im Ruhrgebiet zu setzen. Statt die Ruhrkonferenz als strategisches Instrument weiterzuentwickeln und politisch zu priorisieren, hat die Landesregierung ihre Bedeutung schrittweise reduziert. Die Verlagerung der Zuständigkeit aus der Staatskanzlei in ein Fachministerium sowie das Fehlen klarer politischer Verantwortlichkeit haben zu einem weiteren Bedeutungsverlust geführt.

Besonders deutlich wird dies auch an der Rolle des „Beauftragten für die Ruhrkonferenz“, des Parlamentarischen Staatssekretärs Josef Hovenjürgen. Trotz dieser eigens geschaffenen Funktion sind weder eine erkennbare strategische Steuerung noch neue Impulse für das Ruhrgebiet sichtbar geworden. Der Eindruck drängt sich auf, dass hier ein Beauftragter ohne Auftrag agiert und die Funktion ihrer politischen Bedeutung nicht gerecht wird.

Insgesamt ist festzustellen: Die Ruhrkonferenz ist als zentrales strukturpolitisches Projekt der Landesregierung politisch gescheitert. Ein Vorhaben, das als Zukunftsstrategie für das Ruhrgebiet angekündigt wurde, ist zu einem Symbol für fehlende Prioritätensetzung und unzureichende Umsetzung geworden.

II. Der Landtag stellt fest:

- Die Ruhrkonferenz hat als zentrales strukturpolitisches Projekt der Landesregierung ihre ursprünglichen Ziele nicht erreicht.
- Die extreme Diskrepanz zwischen veranschlagten und tatsächlich verausgabten Haushaltsmitteln stellt ein gravierendes Umsetzungsdefizit dar.
- Es fehlt der Ruhrkonferenz an klarer strategischer Steuerung, Zielorientierung und Verbindlichkeit.
- Die Landesregierung hat die politische Bedeutung des Ruhrgebiets in den vergangenen Jahren sichtbar reduziert.
- Die organisatorischen Veränderungen haben zu einem weiteren Bedeutungsverlust der Ruhrkonferenz geführt.
- Die Funktion des Beauftragten für die Ruhrkonferenz hat bislang keinen erkennbaren Beitrag zur Stärkung der Region geleistet.
- Das Ruhrgebiet steht weiterhin vor erheblichen wirtschaftlichen, sozialen und infrastrukturellen Herausforderungen, die eine aktive und koordinierte Landespolitik erfordern.

⁶ *Junkernheinrich/Micosatt (2026)*, Kommunalbericht Ruhrgebiet 2025, Herausgeber Regionalverband Ruhr (abrufbar unter: https://www.rvr.ruhr/fileadmin/user_upload/01_RVR_Home/01_Politik_Regionalverband/Ueber_uns/Kommunalfinanzbericht/KFB-Ruhr-2025-EF-2026-02-22.pdf, zuletzt abgerufen am 14. April 2026).

⁷ *Höning, Antje (2026)*, „Metropolen nur im Mittelfeld“, Berichterstattung der Rheinischen Post vom 14. April 2026.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf

1. eine umfassende und transparente Bilanz der Ruhrkonferenz vorzulegen, einschließlich aller Projekte, Mittelabflüsse und Zielerreichungen,
2. ein verbindliches, ressortübergreifendes Zukunftskonzept für das Ruhrgebiet mit klaren Prioritäten, Zeitplänen und messbaren Zielen zu entwickeln,
3. sicherzustellen, dass die für die Ruhrkonferenz bereitgestellten Haushaltsmittel künftig vollständig und zielgerichtet eingesetzt werden,
4. die Steuerung der Strukturpolitik für das Ruhrgebiet organisatorisch neu aufzustellen und politisch aufzuwerten,
5. die Rolle des Beauftragten für die Ruhrkonferenz so auszugestalten, dass eine tatsächliche Steuerungs- und Koordinierungsfunktion gewährleistet ist, oder die Funktion entsprechend neu zu ordnen,
6. das Ruhrgebiet wieder zu einem zentralen Schwerpunkt der Landespolitik zu machen und die Transformation der Region aktiv zu begleiten.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Christian Dahm
Alexander Vogt
Justus Moor
Alexander Baer
Dr. Bastian Hartmann

und Fraktion